



CHANCEN FAIR GESTALTEN

*Das Programm
der SPD
für die StädteRegion Aachen
2014 – 2020*

Inhalt

Vorwort	3
Handlungsfeld Arbeit	5
Handlungsfeld Bildungs- und Wissensregion	8
Handlungsfeld Soziales	11
Handlungsfeld Umweltschutz	15
Handlungsfeld Infrastruktur	17
Handlungsfeld Tourismus und Kultur	20
Handlungsfeld Finanzpolitik	22
Schlusswort	24

Vorwort

Seit fünf Jahren besteht die StädteRegion Aachen in ihrer jetzigen Form als Zusammenschluss aus dem ehemaligen Kreis Aachen und der kreisfreien Stadt Aachen.

Positiv ist, dass die Städteregion als Gebietskörperschaft fest etabliert ist.

Negativ ist, dass sie in der Öffentlichkeit lediglich wegen des unsäglichen Streits um Kleinigkeiten im Bereich von Kompetenzen und Finanzen zwischen Städteregionsrat und Oberbürgermeister wahrgenommen worden ist.

Was der StädteRegion Aachen fehlt, ist ein klarer strategischer Rahmen für die Umsetzung der Vision, die die Initiatoren der Städteregion einst hatten.

Die Städteregion wurde gebildet, um im deutschland- und europaweiten Wettbewerb der Regionen bestehen zu können. Die Besonderheiten und Herausforderungen resultierend aus der Randlage im äußersten Westen der Bundesrepublik Deutschland sollten durch gemeinsame Aufstellung für eine vertiefte euregionale Kooperation in Stärken umgewandelt werden. Mehr Regionalität und Kooperation sollten an die Stelle von „Kleinklein“ und „Jeder kämpft für sich alleine“ treten.

So sollte die Region in der Ausnutzung ihrer Vielfalt und der Chancen, die sich daraus bieten, ökonomisch, sozial, ökologisch und kulturell weiterentwickelt werden.

Die StädteRegion Aachen ist ein Lebensraum von über einer halben Million Menschen mitten im Herzen Europas und am Zusammenfluss von wirtschaftlichen Adern unseres Kontinents. Die sich daraus bietenden Chancen müssen für die Menschen in der Region fassbar gemacht werden. Jeder soll die Möglichkeit auf aktive Teilhabe an unserer Gesellschaft und den zu kreierenden Fortschritt haben.

Dabei muss es fair zu gehen. Fairness bedeutet Gerechtigkeit. Nur was gerecht ist, wird dauerhaft und nachhaltig. Nachhaltigkeit basiert auf der Akzeptanz der Menschen.

Mit der Entwicklung einer Strategie zu mehr Chancen durch Regionalität und Kooperation will die SPD ihren Gestaltungswillen für den Lebensraum StädteRegion Aachen herausstellen. Dabei wollen wir das reine Verwalten von Tagespolitik überwinden, indem wir Neues schaffen. Wir wollen auf diesem Weg die Menschen in der Städteregion mitnehmen, so dass sie sich daran beteiligen „Ihre StädteRegion Aachen“ selbst aktiv mit zu gestalten.

Christiane Karl als unsere Spitzenkandidatin repräsentiert unseren Willen zur Gestaltung und Umsetzung dieser Strategie. Sie ist diejenige, die durch ihre offene klare Art dafür sorgt, dass die Menschen auf dem Weg zu einer integrierten und weiterentwickelten Städtereion mitgenommen werden. Sie steht durch ihre Schwerpunktthemen „Chancengerechtigkeit für alle Menschen, soziale Verantwortung in der Gesellschaft“ und durch ihre tiefe Verwurzelung in der regionalen Politik für das Leitmotiv der SPD „Chancen fair gestalten“.

Als Städtereionsrätin wird sie - gemeinsam mit den gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der SPD - dafür sorgen, dass die Menschen in der Städtereion die Strategie zur Weiterentwicklung der StädteRegion mittragen, weil sie verstehen, dass dies dem Wohl ihres unmittelbaren Lebensumfeldes und damit ihnen selbst dient.

Christiane Karl ist Sozialdemokratin durch und durch und gemeinsam mit allen sozialdemokratischen Kandidatinnen und Kandidaten der festen Überzeugung, dass nur solidarisches und transparentes Handeln in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sicherstellt, dass es gerecht zugeht.

Am **25. Mai 2014** haben Sie, die Bürgerinnen und Bürger der StädteRegion Aachen, die Möglichkeit zu wählen. Neben den Städtereionswahlen finden gleichzeitig auch die Kommunalwahlen und die Europawahlen sowie die Integrationsratswahlen statt.

Wir bitten Sie um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme, damit wir für Sie

Chancen fair gestalten

können.

Das nachfolgende Programm ist von vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern in einem transparenten Verfahren entwickelt worden. Es bildet die strategische Basis zur Verwirklichung einer Vision von mehr Regionalität und Kooperation in der StädteRegion Aachen. Verbände, Vereine und Institutionen haben die Möglichkeit genutzt, ihre Ansprüche an die Politik in der Städtereion geltend zu machen und so ihre Interessen besser vertreten zu sehen. Die im Programm enthaltenen Ideen und Vorschläge erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit im Hinblick auf alle zukünftigen Herausforderungen der Städtereion. Wir sind und bleiben offen für weitere Anregungen. Diese werden wir mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickeln und optimieren.

Handlungsfeld Arbeit

Das Grundbedürfnis eines jeden Menschen ist es, ein selbst bestimmtes Leben führen zu können. Dazu bedarf es des Rechts und der tatsächlichen Möglichkeit, durch seine eigene Leistung seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Das steht für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Mittelpunkt unseres Handelns.

Wichtig ist dabei aber, dass es sich um gute, um faire Arbeit handelt, die zu fairen Löhnen und fairen Bedingungen die individuelle Leistungsfähigkeit der Menschen berücksichtigt. Sie muss ausreichen, um den persönlichen Lebensunterhalt bestreiten zu können, ohne auf aufstockende Leistungen angewiesen zu sein.

Um die oben beschriebene Form von Arbeit zu erhalten und neu zu schaffen, betreiben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Wirtschaftsförderung. Nur dann dient sie einem gesellschaftlichen Zweck. Sie ist alles, wenn sie den gesellschaftlichen Wohlstand der Menschen durch Arbeit sichert. Sie ist nichts, wenn sie ausschließlich der Profitmaximierung Einzelner dient.

Wirtschaftsförderung dient letztlich dazu, unsere Region attraktiver zu machen. Sie soll Unternehmen im Rahmen der Bestandspflege unterstützen und neue Unternehmen ansiedeln – alles mit dem Ziel, den Menschen dieser Region gute Arbeit zu bieten und so die wirtschaftliche und soziale Sicherheit zu schaffen und zu erhalten. So wollen wir faire Chancen auf Teilhabe am Wohlstand bieten. Wir lassen dabei die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft - Kammern, Unternehmervereinigungen, Innungen etc. - nicht aus der Pflicht, sondern ermutigen diese, die Interessen der Unternehmen zu vertreten. Dazu wollen wir den Dialog mit ihnen im Hinblick auf ihre konkreten Bedürfnisse vertiefen. Die Sozialpartner und dabei insbesondere die Gewerkschaften werden wir hierbei wieder stärker einbinden – das sozialpartnerschaftliche Modell stellt auch in unserer Region den Garanten für einen nachhaltigen sozialen Frieden dar. Dabei ist Augenhöhe, Respekt und gegenseitige Akzeptanz wichtig. Wir wollen die Sozialpartnerschaft so weit unterstützen, politisch begleiten und weiterentwickeln, dass alle Beteiligten ihr Handeln auch nach dem Wohl der Region ausrichten.

Konkret gilt es

- die StädteRegion Aachen zu DER internationalen Bildungs- und Wissensregion zu gestalten. Bildung und Wissen sind Grundlage für alle wirtschaftliche Entwicklung und für die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Nur so schaffen wir es, gut ausgebildete Fachkräfte für unsere städtereionale Wirtschaft zu erhalten.
- eine Initiative ‚Handwerk plus!‘ zu entwickeln. Gerade das Handwerk bietet viele lokale Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Diese gilt es besser zu positionieren und zu vermarkten und die Berufe im Handwerk für junge Menschen attraktiver zu machen. Eine Laufbahn im Handwerk muss wieder eine aussichtsreiche Karriere für die Jugend unserer Region sein.
- durch die Fortsetzung des „Industriedialogs Region Aachen“ die Region als Industriestandort zu stärken. Industrielle Arbeitsplätze stellen immer noch einen der größten Bereiche des regionalen Arbeitsmarktes dar. Der Dialog mit den Unternehmen und der Unternehmen untereinander muss verstetigt werden. Die Aachener Region soll durch ein neues Marketing- und Standortkonzept endlich ein Gesicht erhalten, das über die Technologieregion Aachen hinausgeht und alle Stärken nach vorne bringt.
- nicht nur bestehende industrielle Arbeitsplätze zu erhalten, sondern auch neue zu schaffen. Dazu werden wir gemeinsam mit den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft und den Gewerkschaften einen „Masterplan Industrieregion“ erarbeiten.
- die Frauenerwerbstätigkeit zu stärken und weiterzuentwickeln. Wer die Besten will, darf auf Frauen nicht verzichten. Unser gesellschaftliches Grundverständnis ist die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen. Frauen haben ein großes Potential, das es gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel in aktive Leistungskraft zu entwickeln gilt. Ihre Fähigkeiten gilt es für die Region und ihre Unternehmen nutzbar zu machen.
- gemeinsam mit dem Jobcenter und der Bundesagentur für Arbeit die Menschen zu unterstützen und zu begleiten, die aufgrund unterschiedlicher Hemmnisse nicht die Chance erhalten, am ersten Arbeitsmarkt eigenständig ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Hier werden wir öffentliche geförderte Beschäftigung stärken und so auch für diesen Personenkreis menschenwürdige und faire Arbeit schaffen.

- den euregionalen Faktor in unserer Arbeitsmarktpolitik zu stärken. Das bedeutet, dass ein Ziel unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik ist, allen Bürgerinnen und Bürgern durch das Erlernen euregionaler Kompetenzen und insbesondere durch den Erwerb niederländischer und französischer Sprachkenntnisse den Zugang zum gesamten euregionalen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Für die jungen Menschen in der Städtereion werden wir dafür sorgen, dass bei ihnen diese Voraussetzungen bereits in den Schulen geschaffen werden.
- ein besonderes Augenmerk auf die Gesundheitswirtschaft zu richten. Diese stellt die größte Branche unserer Region dar. Sie ist damit gleichermaßen größter Arbeitgeber als auch zentraler Bestandteil unserer sozialen Sicherheit. Mit dem zu entwickelnden Aktionsplan ‚Gesunde Region 2025‘ wollen wir die verschiedenen Facetten der Gesundheitsregion stärken: Gute und verlässliche Pflege, ortsnahe und optimale Versorgung mit Krankenhäusern, Stärkung des zweiten Gesundheitsmarktes, Intensivierung von Prävention und konsequente euregionale Kooperation. ‚Gesunde Region 2025‘ werden wir zum Kennzeichen unserer Region mache

Handlungsfeld Bildungs- und Wissensregion

Ein besonderes Merkmal der Städteregion ist, dass wir vom Kindergarten bis zum höchsten wissenschaftlichen Abschluss alle Angebote hier in unserer Region haben.

Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche hat für uns höchste Priorität. Handicaps, soziale und ethnische Herkunft der Kinder dürfen bei uns in der Städteregion keine Bildungschancen einschränken.

Alle Kinder müssen vom ersten Lebenstag an die bestmögliche Betreuung und Förderung erhalten. Das Angebot der frühen Hilfen unterstützt die Eltern hier von Beginn an. Kindertagesstätten sollen entsprechend den europäischen Standards ortsnah zum Elementarbereich des Bildungswesens weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Das regionale Bildungsnetzwerk der Städteregion soll hierzu mit allen Schulträgern in der Städteregion eine einheitliche Vorgehensweise anregen, vorbereiten und unterstützen.

Keine Schülerin und kein Schüler soll nach der Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht ohne Ausbildung oder Qualifizierung sein. Dafür sorgen wir im Verbund mit den Kommunen, den kommunal bestimmten Bildungsträgern, dem Jobcenter, der Bundesagentur für Arbeit, dem Land und dem Bund. Doch auch die verschiedenen Bereiche der Verwaltung müssen hier besser zusammengeführt werden.

Mit Hilfe von Förderprogrammen und mit der Entwicklung von Modellprojekten wollen wir mit dem Bildungsnetzwerk der Städteregion eine zukunftsfähige Bildungslandschaft aufbauen mit dem Ziel, die Kinder in den Schulen durch systemische Schulentwicklung wirksamer zu fördern und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu stärken.

In einem handlungsfähigen Netzwerk sollen alle Akteure bei der Qualitätsverbesserung der Bildungsprozesse im Sinne einer kommunal-staatlichen Verantwortungsgemeinschaft mitwirken. Auf diese Weise werden optimale Lebens- und Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendlichen in unserer Region sichergestellt.

Bildungsangebote dürfen sich nicht an engen kommunalen Grenzen und formalen Zuständigkeiten orientieren. Gerade die Schulen des zweiten Bildungsweges wie Abendrealschule, Abendgymnasium, Euregio-Kolleg, die

Volkshochschulen, aber auch wichtige Bildungsangebote wie z.B. die Kunst- und Musikschulen sind zentrale Säulen unserer Bildungslandschaft.

Unsere Region bietet wie kaum eine andere Region die besondere Chance, die europäische Idee, interkulturelle Kompetenz und internationale Kooperation bereits früh in den Bildungsangeboten zu integrieren. Die SPD will die Arbeitsmobilität in unserer Grenzregion verbessern. Grenzüberschreitende schulische Bildungsangebote sind hierfür eine wichtige Voraussetzung, die zum festen Bestandteil des Schulunterrichtes werden müssen.

Europäische Internationalität ist eine Kernmarke unserer Region. Gerade im Hinblick auf neue Unternehmensansiedlungen ist es wichtig, dass unsere Region endlich eine öffentliche internationale Schule erhält. Wir wollen eine europäische Modellschule mit den gesamten Angeboten von der Grundschule bis zum Abitur.

Besonders außerschulische Lernorte stellen wichtige Erfahrungswelten für gelebte Bildung dar. Sie bieten die Möglichkeit, formales Wissen durch praktische Erfahrungen zu wirklicher Bildung weiter zu entwickeln. Kulturelle Bildung gehört zu einem ganzheitlichen Bildungsverständnis. Schulen, Hochschulen, Weiterbildungsträger und außerschulische Lernorte verstehen wir als partnerschaftliche Säulen einer Bildungsregion. Zum Vorteil der Lernenden werden wir uns dafür einsetzen, dass Modelle der Zusammenarbeit weiterentwickelt und realisiert werden.

Konkret gilt es:

- die Aus- und Weiterbildung des Personals in den Kindertagesstätten unter Einbeziehung des verpflichtenden Inklusionsgedankens zu vertiefen.
- sich dafür einzusetzen, dass die Schulen aller beteiligten Schulträger im Gebiet der Städteregion im Hinblick auf die zukünftige Förderung besser vernetzt werden, um den Anforderungen an die schulische Umsetzung der Inklusion gerecht werden zu können.
- den Ganztagsbereich an Schulen, beginnend in den Grundschulen, auszubauen und zu einem ganzheitlichen Konzept von Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit für die Kinder und Jugendlichen weiter zu entwickeln.
- in das Ganztagskonzept der Schulen Schulsozialarbeit als integralen Bestandteil einzubeziehen. Die Finanzierung ist sicherzustellen.

- durch entsprechende Förderprogramme sicherzustellen, dass keine Schülerin und kein Schüler die Schule ohne Abschluss verlässt, dies gilt ebenfalls für die jungen Menschen mit besonderem Förderbedarf.
- durch die Schaffung einer Jugendberufsagentur alle Kräfte zu bündeln, um Jugendliche im Übergang Schule/Beruf aber auch während ihrer Ausbildung wirkungsvoll zu begleiten und zu unterstützen.
- für die Schulen und Einrichtungen des zweiten Bildungswegs muss die Städteregion die Führungsverantwortung und die Finanzierungssicherung übernehmen. Auf diese Weise kann die notwendige enge Kooperation dieser Schulen zum Nutzen der Schülerinnen und Schüler für die jeweiligen Träger effektiver gestaltet werden.
- den Erwerb der euregionalen Sprachen in allen Schulformen zu verbessern, interkulturelle Kompetenz zu einem wichtigen Bildungsangebot in allen Bildungsgängen zu gestalten und allen interessierten Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, grenzüberschreitende Praktika zu absolvieren.
- die außerschulischen Lernorte weiter zu entwickeln und ihre Einbindung in die Schulsysteme zu stärken – regional und euregional.

Handlungsfeld Soziales

Der soziale Frieden in der Städteregion und die Identifizierung der Menschen mit ihrer Region kann nur gestärkt und gesichert werden, wenn alle Menschen spüren, dass jeder – egal welcher Herkunft – hier seine Chancen hat und seine Talente entwickeln und zur Geltung bringen kann.

Die StädteRegion Aachen soll eine solidarische Gesellschaft sein. Die kulturelle Vielfalt in der Städteregion ist für uns eine Bereicherung.

Integration bedeutet für die SPD gleichberechtigte Teilhabe aller an allen gesellschaftlichen Möglichkeiten.

Deshalb werden wir die Implementierung von gelebter Anerkennungs- und Willkommenskultur weiterhin vorantreiben, damit auch die Eingliederung von Menschen, deren Wurzeln nicht in der Region liegen, gelingen kann. Wir stehen vor einer großen Herausforderung, was den Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen angeht: Die Unterbringung, Begleitung und auch Umsetzung der Schulpflicht darf nicht davon abhängen, in welcher Kommune ein junger Mensch „ankommt“.

Die Städte und Gemeinden in unserer Region sind die Räume für die soziale Integration der Menschen. Deshalb brauchen wir dringend eine besser vernetzte und interkommunal abgestimmte kommunale Sozialplanung für die gesamte Städteregion. Dies soll ebenfalls und in besonderem Maße die Handlungsfelder Sucht- und Obdachlosenhilfe einbeziehen.

Wir werden dafür sorgen, dass der aufgestellte Inklusionsplan unter Einbeziehung von Selbstvertreterinnen und Selbstvertretern möglichst vieler verschiedener Behinderungsbilder umgesetzt wird. Wirkliche Inklusion in allen Bereich des täglichen Lebens kann immer nur MIT den Menschen gelingen.

Ein weiterer wichtiger Baustein für eine gut funktionierende Gesellschaft ist für uns die Geschlechtergerechtigkeit. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die vorhandenen Fördermöglichkeiten für Frauen, die nach Familien- oder Pflegephasen wieder in den Beruf zurückkehren möchten oder auch für die Aus- und Weiterbildung für Migrantinnen ausgebaut werden. Dort, wo bereits Frauenförderpläne aufgestellt sind, müssen diese auch zwingend umgesetzt werden.

Wir Menschen haben das Glück, durchschnittlich länger zu leben. Die Zahl der Menschen im Rentenalter steigt. Die Lebensphasen im Alter sind individuell sehr unterschiedlich. Wir wollen aktive Seniorinnen und Senioren motivieren, sich gesellschaftlich oder sozial zu engagieren. Viele ältere Menschen haben einen konkreten Bedarf an Unterstützung, Hilfen und Pflegeleistungen. Wir wollen die primären Sozialnetze beleben und kommunale Politikfelder altentkonform gestalten.

Wir nehmen den demographischen Wandel ernst. Hierfür gilt, die vielfältigen Angebote dahingehend umzugestalten, dass sie soziale Gerechtigkeit sichern und die soziale Teilhabe in allen Lebensphasen gewährleisten. In einem zu schaffenden Netzwerk ‚Demographischer Wandel‘ werden alle Konzepte zwischen Verbänden, Kommunen und Städteregion abgestimmt und optimiert.

Als wesentliche Voraussetzung für die volle Teilhabe an unserer Gesellschaft erachten wir, dass alle Menschen in einem Wohnumfeld leben können, das ihre Würde respektiert und in dem sie sich wohl fühlen können.

Mit Unterstützung des Landes und des Bundes werden wir uns für generationsübergreifende und barrierefreie Wohnungsangebote einsetzen. Dazu gilt es, die Kräfte der kommunal bestimmten Wohnungsbaugesellschaften in der Städteregion zu bündeln.

Wir wollen im gesamten Gebiet der Städteregion für alle Kinder und Jugendlichen mehr Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe und vom Wohnort unabhängige Förderung eröffnen. Diese neu zu gestaltende Verantwortungsgemeinschaft wollen wir gemeinsam mit den Mitgliedskommunen entwickeln und diese über wirksame Netzwerkstrukturen mit nachhaltig gesicherter Finanzausstattung handlungsfähig machen.

Wir werden uns gemeinsam mit den Städten und Gemeinden dafür einsetzen, dass in unserer Region die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter gelingt.

Wir möchten Kinder- und Jugendpolitik nicht FÜR, sondern MIT den Kindern und Jugendlichen gestalten. Bei den Fragen zur Zukunft ihres Lebensumfeldes sind die Jugendlichen und jungen Erwachsenen selber die sachkundigsten Fachleute. Sie müssen in ihren Problemen ernst genommen werden und den Freiraum bekommen, Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ein erster Schritt ist sicherlich die mittlerweile begonnene Teilhabe durch beratende Funktionen innerhalb einzelner Fachausschüsse aus den Reihen der Schülervertretungen. Eine wirkliche Jugendpartizipation ist allerdings erst dann erreicht, wenn sich die Grundhaltung in den Köpfen ändert und Strukturen geschaffen werden, die eine aktive Beteiligung von klein auf ermöglicht.

Konkret gilt es:

- ein städteregionales Flüchtlingskonzept zu entwickeln, das einheitliche Standards bei Unterbringung und Begleitung von Menschen ansetzt, die hierher kommen.
- die handelnden Verwaltungsebenen, aber auch die Sozialverbände und -initiativen miteinander zu vernetzen, in eine strategische Sozialentwicklungsplanung einzubinden und die vorhandene Trägervielfalt als Chance zu sehen. In dieses strategische Handlungskonzept sind das Gesundheitswesen, die Jugend- und Sozialämter, der Verbraucherschutz, die Familiengerichte und die Polizei einzubinden, um durch regelmäßigen Informationsaustausch erkenntnisleitendes Handeln zu gewährleisten.
- den in der Städteregion tätigen Sozialverbänden und Beratungsstellen in finanzieller Hinsicht Planungssicherheit durch langfristige Leistungsvereinbarungen zu geben.
- die Datenerfassung und -aktualisierung im Bereich der Sucht- und Obdachlosenhilfe über kommunale Grenzen hinweg zu gewährleisten. Dies bietet die Chance auf zielgerichtete Hilfe für die betroffenen Menschen. So können die Förderprogramme besser synchronisiert werden, und die Prävention kann in den Vordergrund des gemeinsamen Handelns der Akteure gestellt werden.
- Leitstellen ‚Älter werden‘ auszudehnen und zu Demographie-Kompetenzzentren weiterzuentwickeln. Hier sollen professionelle und ehrenamtliche Kräfte zusammenarbeiten mit dem Ziel, das Verständnis der Generationen untereinander zu verbessern und so letztendlich für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen.
- die Schaffung sozialen Wohnraums als öffentliche und kommunale Aufgabe zu erhalten und die Mieter auf dem Wohnungsmarkt nicht allein zu lassen. Dazu nutzen wir das Leitbild der „Sozialen Stadt“.
- die Arbeit der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften unter städteregionaler Koordination stärker zu bündeln und aufeinander abzustimmen.
- gemeinsame Standards im Bereich der frühen Förderung junger Menschen unter Einbeziehung aller in den jeweiligen Bereichen handelnden Akteure zu entwickeln. Insbesondere auf den Gebieten

Babybesuchsdienst und „Frühe Hilfen“

Jugendhilfeplanung

Sportentwicklungsplanung

Jugendpartizipation

Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

- die Vergabepaxis der einzelnen Jugendämter an die verschiedenen Träger ebenso wie die Gebührengestaltung in der Kindertagespflege zu vereinheitlichen, um - unabhängig vom Wohnort in der Städteregion - für Eltern sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den unterschiedlichen Einrichtungen Planungssicherheit zu gewährleisten.
- das vorhandene Beteiligungsmodell für junge Menschen auszubauen und unter Einbeziehung des Bildungsbüros dauerhaft und verlässlich eine echte Mitwirkungskultur für Jugendliche zu etablieren.
- die Arbeit der ehrenamtlich tätigen Menschen wertzuschätzen und ein hauptamtlich besetztes Büro bei der Städteregion für ehrenamtliches Engagement einzurichten.

Handlungsfeld Umweltschutz

Umweltschutz und Klimaschutz nehmen in unserem Programm einen hohen Stellenwert ein. Der Klimawandel ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit.

Wohlstand bewahren und parallel dazu den Umweltschutz nachhaltig praktizieren - die faire Chancen- und Zukunftssicherung für nachfolgende Generationen ist uns bewusst.

Bei dieser Zielsetzung orientieren wir uns an den Vorgaben des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKSK) der Städteregion. Um diese ambitionierten Ziele zu erreichen, werden wir uns bei der Energieerzeugung auf die Erneuerbaren Energieträger Wind, Sonne und Geothermie konzentrieren.

Wir werden gemeinsam mit den regionsangehörigen Kommunen Konzepte für den Klimaschutz entwickeln und umsetzen.

Die begonnene Energieeinsparung an den städteregionalen Gebäuden und Liegenschaften wird weiter fortgesetzt.

Bezüglich der Energieeinsparung im Wohnungsbestand der städteregionalen Wohnungsbaugesellschaft sehen wir diese in einer besonderen Verantwortung und Vorbildfunktion.

Für die Entsorgung in der Städteregion bedienen wir uns der kommunalen Abfallwirtschaft Aachen GmbH (AWA).

Die weitere Sanierung von Altlastenflächen ist auch in der kommenden Wahlperiode Schwerpunkt unserer Umweltpolitik.

Wir schaffen einen fairen Interessenausgleich von Natur und Umwelt auf der einen und Wirtschaft und infrastruktureller Entwicklung auf der anderen Seite. Wir legen Wert auf den Erhalt unserer einzigartigen und vielfältigen Naturräume.

Geschützte Natur- und Landschaftsschutzgebiete zur weiteren Entwicklung der Artenvielfalt sind zu wahren. Die Pflege und Überwachung von heimischen Gewässern, Flüssen und Bächen sind unverzichtbar.

Die Arbeit der städteregionalen Biologischen Station wird seitens der SPD ausdrücklich unterstützt.

Gesunde Ernährung u. a. mit landwirtschaftlichen Produkten – darauf sollen sich Menschen in der Städteregion verlassen können. Gentechnisch manipulierte Produkte auf den Feldern und in den Gewächshäusern innerhalb der Städteregion lehnen wir eben so ab, wie die Aussaat von Monokulturen (z.B. Mais) und Massentierhaltung.

Für die Herrichtung sinnvoller Hochwasserschutzzonen werden wir uns in Kooperation mit dem Wasserverband Eifel-Rur und in Abstimmung mit den Anwohnerinnen und Anwohnern einsetzen.

Um den Bürgerinnen und Bürgern Erholungsangebote zu sichern gilt es, den regionalen Waldbestand zu schützen in Kombination mit einer nachhaltigen Bewirtschaftung.

Konkret gilt es:

- eine konsequente Reduktion der CO₂-Emission bei der Energieerzeugung und beim Energieverbrauch umzusetzen:

Unsere Zielsetzung, bezogen auf das Basisjahr 1990:

Bis 2020 eine CO₂-Reduktion von 40%

Bis 2050 eine CO₂-Reduktion von 80%

Langfristig eine CO₂-neutrale Städteregion

Die Ziele des IKSK zur Windenergie in einem euregionalen Handlungskonzept abzustimmen.

- durch die Funktion als Gesellschafter bei den kommunalen Energieerzeugern dafür zu sorgen, dass sie ihr Angebot an Strom aus erneuerbaren Energien ausbauen.
- durch bauliche Optimierung städteregionaler Liegenschaften die Energieverbräuche zu reduzieren und so auch die Kosten für die Mieterinnen und Mieter einzudämmen.
- sich dafür einzusetzen, dass die Abfallwirtschaft in der Region in kommunaler Hand bleibt, damit eine sichere, bezahlbare und ökologische Entsorgung gewährleistet ist. Niedrige Müllgebühren sind politisches Ziel der SPD.

Handlungsfeld Infrastruktur

In der StädteRegion Aachen gibt es in bestimmten Bereichen sehr hohe Mieten. Die SPD wird auch weiterhin über die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft (GWG) sicherstellen, dass bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen angeboten wird, wobei wir den demographischen Wandel nicht ignorieren und die besonderen Belange von älteren Menschen bei der Schaffung von Wohnraum berücksichtigen werden.

Bei Entscheidungen in der Städteregion werden wir darauf achten, dass an den Gebäuden der Städteregion bei der Bewirtschaftung, Sanierung oder bei evtl. Neubauvorhaben der ökologische und ökonomische Nutzen gleich gewichtete Entscheidungskriterien sind.

Die Städteregion ist Baulastträger von über 100 km Straßen mit den dazugehörigen Nebenanlagen (Geh-/Radwege, Brückenbauwerke, Bahnübergänge etc). Die Instandhaltung ist Aufgabe und Verpflichtung zum Erhalt der Infrastruktur.

Wir wollen in Absprache mit den regionsangehörigen Kommunen bedarfsgerechte Verkehrslenkungsmaßnahmen (Kreisverkehre, LED-Lichtsignalanlagen, Straßenteiler, Fußgängerquerungshilfen, Gebots- und Verbotsschilder etc.) durchführen.

Wir halten an dem Ziel fest, die städteregionalen Straßen, aber auch die Landes- und Bundesstraßen durch SPNV und ÖPNV zu entlasten. Wo das nicht möglich ist, wollen wir einen kontinuierlichen Verkehrsfluss gewährleisten. Für intelligente Lösungskonzepte nutzen wir das Know-how der Aachener Hochschulen.

Der Erhalt der Gesundheit unserer Bevölkerung liegt uns besonders am Herzen. Deshalb stellen wir sicher, dass auch die Städteregion als Gebietskörperschaft ihren eigenen Beitrag dazu leistet.

Als Trägerin des Rettungsdienstes sichern wir die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung, notärztlichen Versorgung und des Krankentransportes.

Einen zukunftsichernden Weiterbetrieb des Medizinischen Zentrums der Städteregion mit den Betriebsteilen Würselen und Bardenberg in öffentlicher Hand unterstützen wir weiterhin.

Brand- und Katastrophenschutz genießt für uns hohe Priorität. Entsprechende Aus- und Weiterbildung werden wir weiterhin im Katastrophenschutz-

zentrum Simmerath vorhalten.

Verkehrsüberwachung, Verkehrssicherheit und Verkehrsunfallprävention begleiten wir intensiv im Kreispolizeirat.

Zur Stärkung der städteregionalen Wirtschaftsförderung gehört auch ein effizienter Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV). Dazu gehört die Förderung sinnvoller Bus- und Bahnverbindungen auch über die StädteRegion hinaus zu unseren europäischen Nachbarn, um die Menschen einander näher zu bringen.

Die Erfolgsgeschichte der Euregiobahn muss fortgeführt werden, z. B. mit einem Gleisanschluss an die Stadt Baesweiler sowie Stolberg-Breinig und einer Elektrifizierung der gesamten Strecke.

Wir werden unsere Forderung an die Deutsche Bahn aufrechterhalten, ein drittes Gleis von Aachen über Düren bis Köln zu installieren. Ebenfalls muss die Gleisverbindung Aachen über Herzogenrath bis Düsseldorf optimiert werden. Unabdingbar für die überregionale Verkehrsanbindung der Region ist der ICE-Haltepunkt am Aachener Hauptbahnhof.

Wir befürworten eine Koordination von Gewerbegebieten auf dem Gebiet der Städteregion. Hier gilt es, die interkommunale Konkurrenz zu überwinden, um zu einer regionalen Gewerbeflächenentwicklungspolitik zu kommen.

Konkret gilt es:

- die Arbeit der GWG stärker als bisher auf die Schaffung von bezahlbarem und bedarfsgerechten Wohnraum zu konzentrieren. Dabei sind neue alternative Wohnformen wie Sun-Haus einzuführen.
- ausreichende finanzielle Mittel für notwendige Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen an städteregionalen Straßen zur Verfügung zu stellen.
- das vorhandene Radwegenetz um folgende Projekte zu erweitern:
 - Verbindung von Aachen bis Jülich
 - Radschnellwegverbindung von Aachen über Kerkrade bis Herzogenrath
 - Fertigstellung des Rur-Ufer-Radweges
- ein integrales Mobilitätskonzept für die gesamte Städteregion zu erarbeiten und in Zusammenarbeit mit den Kommunen umzusetzen.
- den Masterplan zur Stärkung des Medizinischen Zentrums zu verfolgen und bei Bedarf anzupassen, um das Krankenhaus in beiden Betriebsteilen zu erhalten.

- die Bedarfe der Krankenhäuser in der Städteregion aufeinander abzustimmen und dadurch zu einem gemeinsamen Krankenhausentwicklungsplan zu kommen, damit eine ortsnahe Gesundheitsversorgung der Menschen gesichert ist. Dies soll auch den Beschäftigten in den Krankenhäusern Planungssicherheit geben.
- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungswesen und bei der Behandlung von Kranken auszubauen. Die Ausbildung von qualifiziertem medizinischem Personal soll in zu schaffenden euregionalen Kooperationsprojekten erfolgen.
- mit den Kommunen ein städteregionales Gewerbeflächenentwicklungskonzept aufzulegen und dabei langfristig die Schaffung eines Gewerbesteuerverbunds zu prüfen.

Handlungsfeld Tourismus und Kultur

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere gesamte Region. Hier wollen wir die verschiedenen Tourismusorganisationen unter dem Dach einer gemeinsamen Tourismusagentur für die Stadt Aachen und die gesamte Städteregion zusammenführen. Diese verstehen wir als Dienstleister für Gäste, Kommunen, Hotels und Gaststätten und den vielfältigen touristischen Anbietern unserer Region.

Gemeinsam mit den Partnern in der gesamten Aachener Region, der gesamten Eifel und auch den grenzüberschreitenden Angeboten in Belgien und den Niederlanden können wir so als starker Partner den Tourismus entwickeln und optimal entfalten.

Wir verbessern den Service für unsere Gäste und attraktivieren durch eine gemeinsame Strategie und Vermarktung unsere Region. Wichtig dabei ist uns aber vor allem, dass auch die Bürgerinnen und Bürger der Städteregion in dieser Agentur kompetent und umfassend über die Angebote der Naherholung informiert werden.

Diese regionale Tourismusagentur ergänzen wir um eine eigene Stadt- und Regionalmarketing-Gesellschaft. In dieser werden wir alle Kompetenzen bündeln und somit eine politisch unabhängige Einheit schaffen, die als Dienstleister für alle Kommunen und für die Städteregion selbst marktorientiert in schlanken und effizienten Strukturen das Marketing für die Städte und die Städteregion umsetzen kann.

Die Sicherung der kulturellen Angebote ist Aufgabe der Kommunen. Diese wollen wir in dieser wichtigen Aufgabe unterstützen und ihnen nicht durch eigene Angebote Konkurrenz machen. Beratung, Information und Koordination stehen deshalb im Mittelpunkt unserer städteregionalen Kulturarbeit. Die Angebote der kulturellen Bildung müssen im gesamten städteregionalen Gebiet besser abgestimmt und koordiniert werden. Es gilt gerade in den Bereichen der Kinder- und Jugendkultur – wie mit der Bildungszugabe in ersten Ansätzen geschehen – zu einer gesamtstädteregionalen Struktur zu kommen.

Eine nicht mehr nachvollziehbare Trennung der Kulturförderung auf die ‚Altkreis‘-Kommunen und auf die Stadt Aachen muss überwunden werden. Hier wollen wir durch die Vernetzung aller kulturpädagogischen Angebote in einem ersten Schritt mehr Kooperation wagen, denn nur so können wir langfristig die kulturellen Angebote der Region für die Bürgerinnen und Bürger sichern und kulturelle Bildung zu einer Marke unserer Region machen.

Das Kulturwirtschaftliche Gründerzentrum, das heute in der Stadt Aachen angesiedelt ist, soll sein Angebot auf die gesamte Städtereion ausdehnen können und muss auch über diese in seiner Existenz gesichert werden. Kreativwirtschaft ist ein wichtiges Wirtschaftsfeld, das es besonders zu stärken gilt. Kreativität ist Motor aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Dieses Potenzial muss zum Wohle der gesamten Region gestärkt und entwickelt werden.

Konkret gilt es:

- eine städteregionale Tourismusagentur gemeinsam mit der Stadt Aachen zu schaffen, die als Dachverband die Arbeit der Tourismusorganisationen in der Region koordiniert.
- durch diese Tourismusagentur ein gemeinsames Vermarktungskonzept zu entwickeln, das die europäische Einbettung unserer Region herausstellt.
- die Arbeit der Tourismusagentur durch eine Gesellschaft für Stadt- und Regionalmarketing zu ergänzen.
- die regionalen Kulturveranstaltungen und -angebote besser zu koordinieren
- die Vernetzung aller kulturpädagogischen Angebote in der Städtereion sicherzustellen.
- das kulturwirtschaftliche Gründerzentrum bei der StädteRegion Aachen anzusiedeln und seine Arbeit auf die gesamte Region auszuweiten.

Handlungsfeld Finanzpolitik

Finanzpolitik in der StädteRegion Aachen muss sich an der angespannten Finanzsituation der regionsangehörigen Städte und Gemeinden orientieren. Würselen, Stolberg und Monschau sind Teilnehmer am „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zur Konsolidierung ihrer stark überschuldeten städtischen Haushalte. Auch die anderen regionsangehörigen Kommunen befinden sich mehrheitlich in Haushaltssicherungskonzepten.

Dementsprechend kommt der Städteregion als Umlageverband, dessen Haupteinnahmequelle die Beiträge der Kommunen sind, eine besondere Verantwortung zu, diese Situation der Kommunen bei der Aufstellung von Haushalten zu berücksichtigen. Dabei spielen drei Faktoren eine entscheidende Rolle.

1. Auf Initiative der SPD hat die StädteRegion Aachen seit 2010 sukzessive die Ausgleichsrücklage eingesetzt, um die Regionsumlage für die Kommunen stabil zu halten. Eine verantwortliche Finanzpolitik erfordert darüber hinaus, dass bereits frühzeitig Vorkehrungen getroffen werden, um bei einem absehbaren Ende der Ausgleichsrücklage andere Möglichkeiten auszuschöpfen, die dazu dienen die Kommunen nicht weiter zu belasten.
2. Die StädteRegion Aachen ist der Hauptaufgabenträger der Sozialverwaltung. Das bedeutet aber, dass der Bund und das Land NRW zur Erfüllung dieser Aufgaben auch eine adäquate Finanzausstattung bereitstellen müssen. Hierzu gehört, die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD 2013 gemachten Zusagen hinsichtlich der Finanzierung der Eingliederungshilfe zu erfüllen.
3. Ein Ziel bei der Bildung der Städteregion war, dass man durch Synergieeffekte im Personalbereich auch Kosten einspart. Dies ist ausweislich der Rechnungslegung mit rund einer Million Euro auch geschehen. Allerdings ist dieser Betrag gemessen am Haushaltsvolumen der Städteregion bei weitem nicht ausreichend, um die im Jahr 2015 verzehrte Ausgleichsrücklage zu kompensieren. Eine sparsame Haushaltsführung wird eines der Hauptprojekte der kommenden Legislaturperiode sein.

Konkret gilt es:

- bei der Aufstellung des Haushaltes 2015 durch ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept die Effekte der wegbrechenden Ausgleichsrücklage zu kompensieren.
- eine effektive Stellenwiederbesetzungssperre zu gewähren. Dabei muss in enger Kooperation mit dem Personalrat sichergestellt werden, dass dies nicht zu negativen leistungsverdichtenden Effekten führt.
- eine klare Aufgabenkritik der Städteregion durchzuführen, um festzustellen, welche Aufgaben die StädteRegion Aachen aufgrund regionaler Relevanz erledigen muss und welche von den Kommunen selber erfüllt werden können. Dies soll in enger Kooperation mit den Vertretern der regionsangehörigen Städte und Gemeinden geschehen.
- bei der Schaffung neuer freiwilliger Aufgaben sicherzustellen, dass diese mit vorhandenem Personal erfüllt werden können. Bei Ausnahmen ist grundsätzlich eine Drittmittel- bzw. Zuschussfinanzierung vorab zu prüfen. Das Ergebnis ist immer zum Bestandteil der Entscheidungsgrundlage zu machen.
- bei der Übernahme neuer Aufgaben im Sinne der Mandatierung durch Bund und Land strikt auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu achten.
- die Forderungen nach einer auskömmlichen finanziellen Ausstattung der kommunalen Gliederungen auch über die im Koalitionsvertrag gemachten Aussagen hinaus aufrecht zu erhalten.

Schlusswort

Wenn Sie – die Bürgerinnen und Bürger – am 25. Mai 2014 zur Wahl gehen, haben Sie die Möglichkeit eine Entscheidung darüber zu treffen, wer die StädteRegion Aachen mit welcher Strategie in den nächsten sechs Jahren führen soll.

Christiane Karl und die SPD legen mit diesem Wahlprogramm eine Strategie vor, die konkrete Punkte enthält, um die Vision einer fairen Entwicklung unserer Region zu verwirklichen. Es liegt bei Ihnen, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob wir die Chancen, die sich aus der europäischen Kernlage bieten, nutzen und unsere Region zu einem attraktiven Lebensraum für Jung und Alt, für Deutsche und Migranten, für Frauen und Männer, für Menschen mit und ohne Handicap entwickeln.

Dazu genügen nicht das reine Verwalten von Tagespolitik und die Umsetzung formaler Aufgaben. Weiterentwicklung zeichnet sich dadurch aus, dass man über den Tag hinaus denkt, konsequent eine Vision verfolgt und die Zukunft fair gestaltet.

Die SPD hat ein klares Konzept und mit Christiane Karl den passenden Kopf, um dieses umzusetzen.

Geben Sie uns mit ihrer Stimme die Chance, dies auch tun zu können.

Beteiligen Sie sich an der Weiterentwicklung unserer Region, indem Sie die Diskussion über dieses Programm nicht am Wahltag enden lassen, sondern sie als Entwicklungsprozess gemeinsam mit uns für mindestens sechs Jahre führen.

Helfen Sie uns dabei, die StädteRegion Aachen zu einer Region der fairen Chancen für alle Menschen zu machen.

Karl Schultheis
Vorsitzender SPD
Aachen

Christiane Karl
Städteregionsratskandidatin

Martin Peters
Vorsitzender SPD
Kreis Aachen